

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

29.8.1928 (No. 201)

Expedition:
Karls-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
J. V.
C. A. Seyfried
Karlsruhe

Bezugpreis: Monatlich 3.25 RM, einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Abat, der als Kassensabatt gilt und verteuert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Dr. Stresemann in Baden-Baden

Besprechung mit Staatssekretär v. Schubert
Reichsaussenminister Dr. Stresemann ist Dienstag abend 8.33 Uhr in seinem Salonwagen in Baden-Baden eingetroffen. Er begab sich sofort mit seiner Begleitung im Automobil nach dem Hotel Bellevue, wo er für die Zeit seines Aufenthalts eine Wohnung genommen hat.

Dr. Baden-Baden, 29. Aug. (Tel.) Heute vormittag 8 Uhr traf die deutsche Delegation für Genf auf der Durchreise von Berlin in Baden-Baden-West ein, wo ihr Schlaf- und Salonwagen von dem durchgehenden D-Zug abgelassen wurde. Sofort nach der Ankunft begab sich Staatssekretär von Schubert im Auto ins Hotel „Bellevue“, wo eine kurze Aussprache zwischen Dr. Stresemann und dem Führer der Genfer Delegation über die Genfer Ratstagung stattfand.

Die unterstützten Arbeitslosen am 15. August

Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in der Arbeitslosenversicherung hat in der Zeit vom 1.—15. August zum ersten Male seit dem 15. Januar d. J. zugenommen, allerdings nur in unbedeutendem Umfange. Sie stieg von rund 564 000 auf 567—770, d. h. um 0,6 Proz. Die Steigerung ist nur auf die Zunahme der männlichen Hauptunterstützungsempfänger zurückzuführen, deren Zahl um rund 5800 oder 1,4 Proz. gestiegen ist, während im Gegensatz hierzu die Zahl der weiblichen noch um 2100 oder um 1,3 Proz. zurückging.

Fallschirmabstürze, Akrobatik am Flugzeug und Länder

Im Herbst 1927 wurde der zuständigen Reichsbehörde über den Deutschen Luftklub vom Deutschen Luftfahrtverband eine Ausarbeitung, betreffend Vorführung von Fallschirmabstürzen und Luftakrobatik, d. h. Akrobatik am Flugzeug (nicht Kunstflüge mittels des Flugzeuges) im Rahmen von Flugveranstaltungen eingereicht. Diese Ausarbeitung wurde von den deutschen Länderregierungen zur Stellungnahme zugeleitet.

Fallschirmabstürze sind zugelassen bei Flugveranstaltungen in Preußen, Bayern, Württemberg, Sachsen, Baden, Schaumburg-Lippe, Braunschweig, Hamburg, Wabed, Lübeck. Die Länder vernüpfen mit der Zulassung die Bedingung, daß Nachweise über Eignung in personeller und materieller Beziehung erbracht werden. Die Zulassung verweigern Thüringen, Lippe, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und Bremen (für 1928). Einige dieser Länder halten sich aber die Entscheidung von Fall zu Fall vor.

Die Zulassung von Luftakrobatik bei Flugveranstaltungen ist in fast allen Ländern verweigert worden. Zugelassen sind Luftakrobatikübungen am Flugzeug nur in Württemberg, Baden und Lübeck. Oldenburg behält sich die Entscheidung für den Einzelfall vor, ebenso auch Württemberg trotz grundsätzlicher Zulassung. Keine Entscheidung haben bisher gefaßt: Schaumburg-Lippe, Braunschweig und Bremen.

Die Flaggenfrage in München

Die sozialdemokratische Stadtratsfraktion in München hatte vor kurzem den Antrag eingebracht, aus Anlaß der Grundsteinlegung zum Studienbau des Deutschen Museums, die städtischen Gebäude schwarz-rot-gold, in den Landesfarben weiß-blau und in den Stadtfarben schwarz-gelb zu beflaggen. In der Stadtratssitzung, in der der Antrag eine längere Debatte auslöste, erklärte Oberbürgermeister Scharnagel, die wiederholte Behandlung der Flaggenfrage zeige deutlich, wie notwendig eine Änderung des derzeitigen Zustandes sei, und stellte den Antrag, sowohl in den Reichsfarben schwarz-rot-gold, wie auch schwarz-weiß-rot zu flaggen.

„Deutsche Allgemeine Zeitung“ und Reichsbahn-Gesellschaft. Die Behauptung eines Berliner Mittagsblattes, daß die Reichsbahn-Gesellschaft die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ finanziere, trifft — wie aus Berlin gemeldet wird — nicht zu. Die Reichsbahn-Gesellschaft bringt seit langer Zeit eine große Anzahl ihrer Druckaufträge bei der Druckerei Grebe, in der seit einiger Zeit die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ gedruckt wird, unter. Es bestand nach der Übernahme des Druckes der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ durch die genannte Druckerei keine Betanlassung, ihre Druckaufträge zurückzugeben.

Letzte Nachrichten

Die Besprechung Stresemann-Poincaré

M. Berlin, 29. Aug. (Priv.-Tel.) Entgegen verschiedenen Auslassungen namentlich der sozialistischen Presse dürften sich doch die Informationen des Pariser „Eclair“ bestätigen, wonach in der Unterredung zwischen Poincaré und Stresemann auch die Frage des Ausflusses des Korridors erörtert wurde und im Vordergrund die Verquickung der Räumung mit dem Dawesplan stand. Es hat auch der Gedanke eine Rolle gespielt, der schon einmal aufgetaucht ist, an Stelle der Befestigung eine Kontrolle zu setzen. Der Unterschied zwischen der deutschen und der französischen Auffassung ist darin insofern bedeutsam, als Frankreich eine einseitige Kontrolle will, während Deutschland bereit ist, eine paritätische gemeinsame Kontrolle zu bilden, die die Grenzen beider Länder überwachen soll und ihre Autorität schon dadurch zeigen würde, daß sie ihren Sitz im neutralen Land hätte.

Wie aus London gemeldet wird, will der englische Premierminister Baldwin bald nach Beendigung seiner Kur nach Paris fahren und mehrere Tage in der englischen Botschaft verweilen, um mit führenden Politikern Frankreichs, mit Poincaré und Briand eine persönliche Aussprache über die Lage herbeizuführen.

Die Ratifizierung des Kellogg-Paktes

M. Berlin, 29. Aug. (Priv.-Tel.) Wie aus Paris gemeldet wird, wird die französische Regierung den Antikriegspakt dem Parlament baldigst zur Ratifizierung vorlegen, obwohl verfassungsmäßig eine solche nicht notwendig ist. Man will aber, ebenso wie beim Locarnopakt, dem Vertrag damit einen größeren Nachdruck geben. Erwartet wird eine sehr lebhaft ausgeführte, die namentlich das französisch-englische Abkommensabkommen betrifft.

W.B. Washington, 29. Aug. (Tel.) Bolivien, Kuba und Peru haben dem Staatsdepartement ihre Absicht mitgeteilt, dem Kellogg-Pakt beizutreten, ebenso Norwegen.

Bevorstehender Schritt des Papstes in der Friedensfrage

W.B. London, 29. Aug. (Tel.) „Daily Express“ berichtet aus Rom, der Papst bereite ein wichtiges Dokument über den Weltfrieden vor, in dem er indirekt dem in Paris unterzeichneten Friedenspakte seine volle Zustimmung gebe, zugleich aber Priorität für den St. Stuhl in der Ergreifung der Initiative in dieser Frage beantrage.

Die Königskrönung in Albanien

W.B. London, 29. Aug. (Tel.) „Times“ schreibt in einem Leitartikel zum Beschluß Ahmed Zogus, sich zum König zu proklamieren: Für Europa im allgemeinen und für Albanien im besonderen bietet Zogus Entschluß gewisse politische Vorteile. Ein albanischer König, der sicher herrscht, wird, während er regiert, wahrscheinlich ausländischem Druck weniger zugänglich sein als der zeitweilige Präsident einer jungen Republik. Die Dienste, die der Präsident seinem Lande geleistet hat, sollten sein Prestige als König erhöhen.

Verhaftung von Frauenrechtlerinnen in Paris

W.B. Paris, 29. Aug. (Tel.) Während des Frühstückes, das der Präsident der Republik, Doumergue, zu Ehren der Diplomaten, die den Kellogg-Pakt unterzeichneten, in Rambouillet veranstaltete, kam es zu einem Zwischenfall. Eine Anzahl Frauenrechtlerinnen unter Führung der Amerikanerin Doris Stevens wollte dem Präsidenten der Republik ein Schreiben überreichen. Während der Dauer des Frühstückes, so berichtet „Petit Journal“, wurden die Frauenrechtlerinnen auf der Polizeiwache festgehalten. Nach der „Chicago Tribune“ sollen die Polizeibeamten die Frauen, die die Frauen mitgebracht hatten, sowie das Original des Schreibens an den Präsidenten zerschneiden und auf dem Boden geworfen haben. Die Frauenrechtlerinnen sollen den Versuch gemacht haben, Ansprachen zu halten, seien jedoch von der Polizei daran gehindert worden.

Gegen die amerikanische Einwanderer-ausweisung

W.B. New York, 29. Aug. (Tel.) Elf Schiffahrtsgesellschaften haben einen Prozeß gegen die Regierung der Vereinigten Staaten angestrengt, von der sie 30 000 Pfund Sterling Entschädigung wegen der ihrer Ansicht nach ungerechtfertigten Ausweisung zahlreicher Einwanderer verlangen. Die Gesellschaften machen geltend, daß viele dieser Einwanderer, die sie mit ihren Schiffen nach Amerika befördert haben, erst nach ihren Heimatländern zurückgeschickt worden seien, nachdem sie mehr als fünf Jahre in den Vereinigten Staaten, wo sie zu bleiben beabsichtigten, gelebt hätten.

Ein Vermächtnis Lord Halsanes für Göttingen. Lord Halsane hat der Universität Göttingen, wo er studiert hatte, 1000 Pfund Sterling vermacht.

Die sechs badischen Flughäfen im deutschen Luftverkehr

Über den deutschen Luftverkehr des vergangenen Jahres 1927 in 79 deutschen Flughäfen veröffentlicht soeben das Statistische Reichsamte eine eingehende Darstellung mit reichem Tabellenmaterial, das nach den Hauptgesichtspunkten aufgebaut ist: Flugzeuge, Fluggäste, Fracht (einschließlich Gepäck) der einzelnen deutschen Flughäfen.

Wie die sechs badischen, von dieser Statistik miterfaßten Flughäfen: Baden-Baden, Freiburg, Karlsruhe, Konstanz, Mannheim, Billingen mit ihren Einzelergebnissen in den allgemeinen Rahmen des deutschen Flughafenverkehrs im letzten Jahr hereinpassen, das soll im folgenden kurz dargestellt werden.

Betrachten wir also zuerst die Anzahl der Flugzeuge im Abflug bei den badischen Flughäfen.

An der Spitze der 79 in dieser Statistik behandelten deutschen Flughäfen steht mit der Zahl der Flugzeuge Berlin mit 4460 Flugzeugen im Abflug während des vergangenen Jahres, an zweiter Stelle ist Köln mit 3316; am dritten Platz Halle-Leipzig (Schleudrig) mit 3302 Flugzeugen im Abflug. Am Ende der Reihe der deutschen Flughäfen, also mit der kleinsten Anzahl Flugzeuge im Abflug, treffen wir Stralund mit 52 Flugzeugen; Reize mit 71; Emden mit 78 Flugzeugen im Abflug.

Von den sechs badischen Flughäfen weist im vergangenen Jahr die meisten Flugzeuge im Abflug auf Mannheim, nämlich 1352 Flugzeuge. Mit der Anzahl der Flugzeuge im Abflug hat Mannheim die dreizehnte Stelle unter diesen 79 deutschen Flughäfen, unmittelbar nach Erfurt mit 1598 Flugzeugen und unmittelbar vor Bremen mit 1310 Flugzeugen. Karlsruhe steht mit 815 Flugzeugen im Abflug an zweiundzwanzigster Platz der deutschen Flughäfen, zwischen Königsberg mit 820 und Düsseldorf mit 801 Flugzeugen. Baden-Baden ist nach seinen 384 Flugzeugen im Abflug an einunddreißigster Stelle in der Reihe der deutschen Flughäfen, folgt auf Gera mit 432 und steht vor Hildesheim mit 347 Flugzeugen. Billingen weist 305 Flugzeuge im Abflug auf und hat nach dieser Anzahl den sechsunddreißigsten Platz unter den deutschen Flughäfen, den es mit Marienburg teilt, und befindet sich in der Mitte zwischen Götting mit 309 und Stolp mit 300 Flugzeugen. Freiburg steht mit 153 Flugzeugen im Abflug an einundsechzigster Stelle der deutschen Flughäfen über Altenstein mit 152, aber unter Hof mit 154 Flugzeugen. Konstanz zählt 144 Flugzeuge im Abflug und nimmt damit den vierundsechzigsten Platz der deutschen Flughäfen ein, nach Wernigerode sowie Ostbarz (Quedlinburg) mit je 150 Flugzeugen, oder vor Meiningen sowie Schweinfurt mit je 143 Flugzeugen im Abflug. In dieser Reihenfolge der badischen Flughäfen haben wir zugleich die Rangfolge, in der sie, gemessen nach der Anzahl der Flugzeuge im Abflug, zu einander stehen.

Wichtiger für die Bedeutung eines Flughafens im deutschen Luftverkehr als die Anzahl seiner Flugzeuge im Abflug ist noch die Anzahl seiner Fluggäste im Abflug. Da erhalten wir nun folgende Reihe der badischen Flughäfen. Zunächst seien wieder die Flughäfen mit dem größten und kleinsten Verkehr von Fluggästen im Abflug angeführt. Es sind einerseits Berlin mit 15 762 Fluggästen, München mit 7514; Köln mit 6817; andererseits Emden mit 91; Wilhelmshaven-Müstringen mit 62; Marienburg mit 82 Fluggästen.

Mannheim weist 1220 Fluggäste in Ankunft und 1174 Fluggäste im Abflug auf und hat nach der Zahl der Fluggäste im Abflug den zwanzigsten Platz in der Reihe der deutschen Flughäfen, mitten zwischen Kassel mit 1241 und Blauen mit 1013 Fluggästen. Karlsruhe zählt 815 Fluggäste in Ankunft und 799 Fluggäste im Abflug, steht an dreiundzwanzigster Stelle der deutschen Flughäfen, nach Blauen mit 1013 und vor Düsseldorf mit 678 Fluggästen im Abflug. Freiburg nimmt den sechsundzwanzigsten Platz unter den deutschen Flughäfen ein mit 513 Fluggästen in Ankunft und 611 im Abflug, unter Gleiwitz mit 641, aber über Magdeburg mit 565 Fluggästen im Abflug. Baden-Baden zeigte 431 Fluggäste in Ankunft und 352 Fluggäste im Abflug, hat in der Reihe der deutschen Flughäfen die achtunddreißigste Stelle, zwischen Kiel mit 367 und Rorderney mit 351 Fluggästen im Abflug. Konstanz folgt in der Zahl der deutschen Flughäfen bald auf Baden-Baden, nämlich am einunddreißigsten Platz, mit 302 Fluggästen im Abflug

und 337 Fluggästen in Ankunft, nach Westerloch mit 328 und vor Hirschberg mit 296 Fluggästen im Abflug. Billingen ist an dreihundvierzigster Stelle der deutschen Flughäfen mit seinen 224 Fluggästen in Ankunft und 261 Fluggästen im Abflug, es steht hinter Hirschberg mit 296 Fluggästen im Abflug, aber vor Wyl auf Föhr mit 258 Fluggästen im Abflug.

Man sieht, daß innerhalb Badens die Reihenfolge der badischen Flughäfen, gemessen nach der Anzahl der Fluggäste im Abflug, eine andere ist als nach der Anzahl der Flugzeuge im Abflug.

Endlich beim Frachtverkehr einschl. Gepäck weisen den stärksten Frachtverkehr im Abflug von den deutschen Flughäfen auf Berlin mit 265 050 Kilogramm, Köln mit 167 956; Hamburg mit 114 394 Kilogramm, dagegen zeigen den schwächsten Frachtverkehr Emden mit 79, Wernigerode mit 105; Straßburg mit 198 Kilogramm im vergangenen Jahr.

Der Rang der badischen Flughäfen in der Reihe der deutschen Flughäfen ist diesmal derselbe, den sie untereinander nach der Anzahl der Fluggäste im Abflug einnehmen. Mannheim hat mit 9812 Kilogramm in Ankunft und 10 039 Kilogramm im Abflug, gemessen nach letzter Zahl, den einundzwanzigsten Platz der deutschen Flughäfen, zwischen Kassel mit 10 122 Kilogramm und Erfurt mit 9946 Kilogramm Fracht im Abflug. Karlsruhe ist an fünfundsiebzigster Stelle der deutschen Flughäfen, weist 6253 Kilogramm in Ankunft und 5146 Kilogramm im Abflug auf und ist damit nach Plauen mit 5913 Kilogramm und vor Freiburg mit 4565 Kilogramm. Freiburg also an sechszwanzigstem Platz der deutschen Flughäfen mit 3426 Kilogramm Fracht in Ankunft und 4565 Kilogramm im Abflug befindet sich unmittelbar über Gießen mit 4556 Kilogramm im Abflug. Baden-Baden weist 3345 Kilogramm in Ankunft und 2676 Kilogramm im Abflug auf, es nimmt den fünfundsiebzigsten Platz unter den deutschen Flughäfen ein, und zwar zwischen Wangerooze mit 2820 und Götting mit 2406 Kilogramm. Konstanz hat die neununddreißigste Stelle der deutschen Flughäfen inne nach seinen 2698 Kilogramm in Ankunft und 2251 Kilogramm im Abflug, es ist damit nach Norderny mit 2326 Kilogramm und vor Kiel mit 2216 Kilogramm. Billingen finden wir mit 1474 Kilogramm in Ankunft und 1942 Kilogramm im Abflug am vierundvierzigsten Platz in der Reihe der deutschen Flughäfen, mithin zwischen Wyl auf Föhr mit 1989 Kilogramm und Henssburg mit 1635 Kilogramm Fracht im Abflug.

Der Kirchenkongress in Prag

Vom Prager Weltkirchenkongress für Frieden und Freundschaft wurde am Dienstag die Frage behandelt, wie die Kirchen zur Weltabrüstung beitragen können.

Als erster Redner erinnerte der Engländer Dickinson an die Deutschland gegebene Zusicherung, daß die Abrüstung der Mittelmächte nur der Anfang der allgemeinen Abrüstung sein soll. Diese Zusicherung nicht inne zu halten, sei ebenso verwerflich, wie der Bruch irgend eines anderen schriftlichen Vertrages. Die Beobachtung internationaler Verträge sei eine Angelegenheit, die in das Gebiet des Sittlichen und Religiösen hineinreiche. Der Redner forderte von den Kirchen eine Erklärung, daß das Christentum die bedingungslose Annahme der Methoden zur Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten verlangt. Der Kongress biete hierzu eine Gelegenheit. Die Rede des am Erscheinen verhinderten Direktors des Internationalen Arbeitsamtes in Genf Albert Thomas wurde verlesen. Thomas betont, bei aller Anerkennung der Arbeit des Völkerbundes, daß die letzte Hoffnung auf der Erfüllung des Wortes beruhe: „Liebet Euch untereinander!“ In Genf werde die Friedensarbeit vielfach in Papier und Bürokratismus erstickt. Die moralische Abrüstung sei eine notwendige Vorbedingung des Weltfriedens. Mit großer Zuberfücht begrüßt Albert Thomas ein enges Zusammengehen zwischen den Kirchen und der Arbeiterschaft.

Der griechische Gesandte in Paris Politis forderte, daß die Kirchen die öffentliche Meinung auch in Sachen des Friedens beeinflussen, um auf die Politik der Regierungen einzuwirken. Im Namen der christlichen Frauen sprach die Holländerin Van Gaben.

W.D. Prag, 29. Aug. (Tel.) Der Kongress trat heute vormittag zu seiner vierten Hauptversammlung zusammen. Dr. Merrill, New York, ein führender Vertreter des amerikanischen Protestantismus, entwickelte die religiösen und sittlichen Grundlagen des Weltfriedens. In weiten Kreisen sei man noch immer der Überzeugung, daß die Sicherung der Völker auf Armeen, Verträgen, Sicherungen und Sanktionen beruhe. Viel wichtiger als Völkerbund, Schiedsgericht und internationale Verhandlungen sei der Geist des guten Willens, der hinter diesen Organisationen stehen müsse. Es sei die höchste Pflicht der christlichen Kirchen, eine sittliche und geistige Atmosphäre zu schaffen, in der der Krieg schließlich aussterben müßte. Die christlichen Kirchen sollten mit ihrer Arbeit den nationalen Egoismus, die Herrschsucht und Eiferfucht durch einen Geist gegenseitigen Vertrauens erwecken. Als Vertreter der griechischen orthodoxen Kirche sprach in gleichem Sinne Bischof Tzenacous aus Georgien.

Im Anschluß an diese grundsätzlichen Ausführungen wurde die Debatte über die Resolution zur Abrüstung fortgesetzt.

Zusammenstöße im Norden Berlins. Dienstag abend gegen 11 Uhr kam es am Rappelplatz an der Kreuzung der Ader- und Invalidenstrasse zu schweren Zusammenstößen zwischen Rotfrontkämpfern und der Polizei. Zwei Schutzpolizisten, die von den Teilnehmern eines Demonstrationszuges bedrängt wurden, gaben mehrere Schüsse ab, durch die zwei Personen Verletzungen erlitten. Erst beim Erscheinen des Überfallkommandos gelang es, Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Acht Rotfrontkämpfer wurden festgenommen.

Die Aussperrung in der Herren- und Anabenkonfektion. Die vom Arbeitgeberverband der Herren- und Anabenkleiderfabrikation Deutschlands beschlossene Aussperrung der Konfektionsarbeiter, die am Montagvormittag begonnen hat, ist fast im ganzen Reich durchgeführt worden. Die Zahl der insgesamt durch die Aussperrung in Mitleidenschaft gezogenen Arbeitnehmer beträgt im ganzen Reich etwa 40 000.

Tagung der Interparlamentarischen Union

Die Schlusssitzung

Die Tagung der Interparlamentarischen Union in Berlin wurde am Dienstag geschlossen. Auf der Tagesordnung des letzten Volltagungsstages stand das Thema:

„Die Erklärung der Rechte und Pflichten der Staaten.“

Zunächst legte der Berichterstatter des Ausschusses, Senator La Fontaine (Belgien) die Entschliessung vor, nach der u. a. alle Streitigkeiten zwischen Staaten, die nicht beigelegt werden können, in einem gerichtlichen Verfahren erledigt werden sollen. Man habe sich mit dieser Frage an die bedeutendsten Gelehrten der Welt gewandt und 37 Antworten erhalten. Leider mache sich überall in der Welt die Störung jeder nationalen Tendenz bemerkbar. Er sei traurig, daß jetzt, wo die neuen Staaten sich mit fremden Minderheiten gebildet haben, die nichts mehr von dem Recht der Selbstbestimmung der Völker hören wollen. Der Berichterstatter legt daher den Vorschlag zur Resolution vor: Jedes Volk hat das unveräußerliche Recht, über sich selbst zu bestimmen.

Von dem französischen Außenminister Briand ist aus Paris ein Telegramm eingetroffen, indem er für die ihm von der Interparlamentarischen Union gesandte Botschaft dankt und die Hoffnung ausdrückt, daß die vollkommene Auslegung der wenigen Grundsätze zustande komme, die die Interparlamentarische Union stets geleistet hat. — Das Telegramm wird von der Konferenz mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Als erster Debattierender legt Professor Schüding (Deutschland) einen Antrag vor, wonach in der Resolution gesagt werden soll, daß territoriale Veränderungen nur gemäß dem internationalen Recht stattfinden dürfen, daß Verträge für die einzelnen Staaten gescheit sein sollen, und von ihnen genau eingehalten werden müßten, und daß ein Vertrag nur mit Zustimmung der beteiligten Staaten und gemäß dem internationalen Recht aufgehoben oder abgeändert werden kann. Professor Schüding betonte, es sei zu prüfen, ob die Verträge in Notfällen auch einseitig getündigt werden können. Man müsse zurück zu Wilsons Artikel über das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Der Staat, der auf Grund einer Abstimmung Gebietsverluste erlitt, müsse eine Selbstbestimmung erhalten. Das sei leider im Verträge von Versailles in zahlreichen wichtigen Fällen nicht anerkannt worden. Es genüge nicht, den Krieg als Verbrechen zu verurteilen, sondern man müsse auch die Ursachen des Krieges beseitigen. Aufgabe der Juristen sei es, dafür die Form zu schaffen. Die Interparlamentarische Union sei das Salz der Erde. Wenn wir, so schließt der Redner, diese schwierigsten Probleme nicht lösbar machen, dann werden alle Kollegs-Pakte nicht genügen, um der Welt den Frieden zu erhalten (Anhaltender langer Beifall).

Verzewich (Ungarn) legt einen Änderungsantrag vor, nach dem in der Entschliessung an der Stelle, wo sie von territorialen Verschiebungen spricht, das Wort „Bevölkerung“ statt „Nation“ gesetzt werden soll.

De Kalera (Irland) weist auf die Schwierigkeiten hin, die juristische Personen des Völkerrechtes zu definieren, den Staat, das Volk, die Nation. Gefährlich sei die Anerkennung des status quo in der Resolution. Es müsse die Möglichkeit bestehen, sich gegen ungerechte Friedensverträge zu wehren (Lebhafter Beifall).

Dr. Gottawa (Österreich) verlangt, daß der Begriff „Völker“ in die Resolution eingefügt werde. Für eine Befriedung Europas sei die Vereinigung der Herrscher mit dem gesamten deutschen Volke notwendig. Die österreichische Delegation behalte sich ihre Stellung nach vor.

Der holländische Abrite Van Embden widerspricht der Stelle der Entschliessung, die den Staaten das Recht, militärischer Notwehr gibt. Dann sei es nur noch ein kleiner Schritt bis zur Präventivoffensive. Nur die Gesamtheit habe das Recht, zu entscheiden, ob ein Staat sich in Notwehr befinde. Die heutige Landesverteidigung sei nur grausamer Selbstmord, nämlich die Hinfürung unschuldiger (Beifall).

In der Nachmittagsitzung begründete Lindhagen (Schweden) einen Antrag, der verlangt, daß die Feststellungen der Konferenz über die Rechte der Minderheiten nicht gegenüber den Völkern gelten, die zum Mutterlande des werdenden Staates gehören.

Die Abstimmung über einen Antrag Fremstert (Holland) und Andersen (Dänemark) auf Zurückverweisung der Entschliessung an die Kommission, blieb in ihrem Ergebnis zunächst zweifelhaft, so daß zum erstenmale in der Geschichte der Union eine namentliche Abstimmung erfolgen mußte. Die Zurückverweisung wird mit 130 gegen 31 Stimmen abgelehnt.

Nachdem Artikel 4, der besagt, daß die aus freiem Willen zwischen Staaten abgeschlossenen Verträge nur mit Zustimmung der interessierten Staaten aufgehoben oder abgeändert werden können, und Artikel 9, der von territorialen Verschiebungen spricht, gebilligt wurden, wird die Entschliessung im Ganzen unter Beifallstundgebungen angenommen.

Hierauf folgte die Entscheidung über die am Samstag von der ägyptischen Delegation eingebrachte Entschliessung zum Schutz des parlamentarischen Regimes.

Dazu legt der Rat eine veränderte Fassung vor. Der 3. Absatz, der betont, daß die Union ein Urteil über die politischen Verhältnisse, namentlich die innerpolitischen Verhältnisse eigener Staaten, vermeiden müsse, wird mit 59 gegen 45 Stimmen angenommen. Dagegen haben mit den Ägyptern auch die Deutschen gestimmt. Die beantragte Resolution wird unter Beifallstundgebungen mit großer Mehrheit angenommen.

Die Neuwahl des Interparlamentarischen Rates wird durch Zuruf vorgenommen. Deutschland ist durch Professor Dr. Schüding und Reichstagspräsident Lohse vertreten.

Nach den Abstimmungen ergriff der Vorsitzende der Konferenz, Professor Schüding, das Wort zu einer Schlusssprache. Er streifte kurz die Arbeiten der Konferenz und erklärte, daß die Diskussionen ergeben haben, daß die Welt an den parlamentarischen Institutionen festhalten müsse. Die Diskussion hat aber auch ergeben, daß noch genug Probleme für den Parlamentarismus offen bleiben. Es ist, so fuhr Professor Schüding fort, nicht nur die Pflicht des Vorsitzenden, den wesentlichen Inhalt der gefassten Entschliessungen wiederzugeben, sondern auch die nationalen Gruppen darauf aufmerksam zu machen, das ihrige zu tun, damit der Inhalt der Resolutionen daheim Kraft gewinne.

Der norwegische Staatsminister Lyffe dankte darauf der deutschen Gruppe für die großzügige Vorbereitung und sprach seinen besonderen Dank Professor Schüding und dem Reichstagspräsidenten Lohse aus. Hierauf erklärte Professor Schüding die 25. Konferenz der Interparlamentarischen Union für geschlossen.

Schlusshankelt zu Ehren der Interparlamentarischen Union. Zu Ehren der nach den Berner Verhandlungen aus Berlin scheidenden Mitglieder der Union veranstaltete die deutsche Gruppe am Dienstag abend ein Schlusshankelt in den Festsälen bei Kroll. Die bekannten Parlamentarier aus aller Welt waren vollzählig zum Teil mit ihren Damen erschienen. Auch die deutsche Gruppe, unter Führung ihres Präsidenten Dr. Schüding war zahlreich vertreten. Von der Reichsregierung waren anwesend: Reichsminister Müller, Reichsarbeits-

minister Wiffel, Reichsernährungsminister Dietrich und Reichsjustizminister Koch-Wesel. Der Reichspräsident war vertreten durch Staatssekretär Dr. Weiskner. Nach Ansprachen verschiedener Delegationsvertreter und einer Schlusssprache von Professor Schüding wurde das Deutschlandlied gesungen.

Der Spartakusstandal von St. Ingbert

Wie die „Riff. Ztg.“ aus St. Ingbert meldet, stellen sich die Finanzaktionen des Spartakusleiters, Finanzrat Fischer, nunmehr als reine Schiebergeschäfte dar. Bis jetzt sind Kreditgewährungen von rund 8 Millionen Reichsmark festgestellt worden, ein größerer Teil hiervon konnte erst in den letzten Tagen ermittelt werden, nachdem fehlende oder falsche Buchungen hierüber richtiggestellt worden waren. Stadtrat Kahler in St. Ingbert gab in einer starkbesuchten Bürgerversammlung über den Spartakusstandal Erklärungen über die Angelegenheit. Danach sind von großen Teil die Kredite an die Baitia-Werke in Hebelberg geflossen. Insgesamt seien über 20 000 Einzelforderungen vorhanden, von denen das Geld jetzt eingetrieben werden müsse. Selbst wenn die Stadt 50% des ausgeliehenen Geldes hier zurückhalten würde, würde sie noch einen Verlust von zwei Millionen Reichsmark bei dieser Firma erleiden. Nicht weniger als sieben Firmen seien mit Hilfe der leichtfertigen Kreditgewährung Fischers gerettet worden, das Geld hierzu stamme aus der Sparkasse St. Ingberts. Der Untersuchungsrichter habe sich bereits an die Staatsanwaltschaft in Hebelberg gewandt, um durch die Inhaftnahme der in Frage kommenden Direktoren eine Verdunkelungsgefahr zu vermeiden.

Das „Heidelb. Tagebl.“ schreibt: Es stellt sich jetzt heraus, daß die fiktivlich handgeschriebenen Baitia-Werke in Hebelberg-Wieblingen den größten Teil der Kredite seitens der St. Ingberter Sparkasse erhalten haben, Kredite von mehreren Millionen, die zu dem kleinen Betrieb in gar keinem Verhältnis stehen. Zur Zeit beschäftigt sich die Staatsanwaltschaft mit der Angelegenheit. — Von anderer Seite wird gemeldet: Die Fabrik mußte jetzt beim Amtsgericht Hebelberg die Geschäftsaufsicht beantragen. Das Unternehmen arbeitet in Wieblingen in einem gepachteten Gebäude und stellt in der Hauptsache Fahrräder und Sprechmaschinen her, jedoch war der Betrieb in den letzten Wochen und Monaten bereits stark eingeschränkt worden. Außer den Verbindlichkeiten in Höhe von vier Millionen Reichsmark bei der Sparkasse in St. Ingbert sind weitere Verbindlichkeiten in Höhe von ungefähr 600 000 Reichsmark bei Lieferanten vorhanden. Die Firma hofft, bei ruhiger Entwicklung der Geschäftsaufsicht an ihre Gläubiger 40—50 Proz. zahlen zu können.

Befestungen in einem Berliner Elektrizitätswerk

Vor dem Großen Schöffengericht Berlin standen unter der Anklage des verbotenen Betrages und der Unterschlagung zwei Angestellte des Eisenbahnbaugeschäftes Heinrich Kubner. Die Firma Kubner hat in den letzten Jahren, insbesondere in den Jahren 1924 und 1925 sehr große Aufträge von der Reichsbahn und von den Berliner städtischen Behörden erhalten. In der Verhandlung kam zur Sprache, daß in riesigem Umfange mit Befestigungsgeldern bei allen möglichen Behörden gearbeitet worden war. Gewaltige Aufträge der Berliner Elektrizitätswerke flossen ihr zu. A. zahlte 1925 allein an den verstorbenen Direktor der Berl. Elektrizitätswerke, Glöck, 95 000 M. Befestigungsgelder. Der Vorstehende erklärte, ich möchte darauf aufmerksam machen, daß auf Grund dieser Entfaltungen die Staatsanwaltschaft ein Verfahren gegen Unbekannt einleiten wird, in dem gegen die Beamten vorgegangen werden wird, die sich in so schamloser Weise haben betten lassen.

Ausdehnung des Kriegausleihens

Die Untersuchung über den verbotenen Betrag mit falschen Kriegausleihensanmeldungen, die von Tag zu Tag an Umfang zunimmt, hat laut „Riff. Ztg.“ zu dem Ergebnis geführt, daß auch die Stadtparkasse der kleinen märkischen Stadt Dahme den Verbot gemacht hat, Kriegausleihensneubaus als Altbau anzumelden. Die Stadtparkasse hatte bereits Erkenntnis ihres Antrages in Höhe von etwa 100 000 Goldmark durch die Reichsschuldenverwaltung erlangt, als bei einer Nachprüfung der Rechnung festgestellt und der Verbot rückgängig gemacht wurde. Auf diese Weise ist das Reich vor größeren Schäden bewahrt worden. Gegen den Bürgermeister Wenland ist von der Stadtvordereordnetenversammlung das Disziplinarverfahren und die sofortige Amtsenthebung gefordert worden.

Zur Tarifierhöhung der Reichsbahn. — Wie das „B. Z.“ mitteilt, ist es dem Reichsernährungsminister gelungen, in den Verhandlungen mit der Reichsbahn durchzusetzen, daß der Lebensmittelpreis und ebenso der Kraftstoffpreis in der bisherigen Höhe bestehen bleiben. Dagegen wird sich eine Erhöhung der Frachttarife für künstliche Dünge Mittel nicht umgehen lassen.

Ausstand von Doodarbeitern in Antwerpen. — Die Doodarbeiter, die in dem Erzfabrik von Antwerpen arbeiten, sind in den Streik getreten, weil die Arbeitgeber die Annahme neuer Lohnforderungen abgelehnt haben.

Verschiedenes

Der Typhus in Potsdam

W.D. Potsdam, 29. Aug. (Tel.) Im Potsdamer St.-Johannis-Krankenhaus ist in der gestrigen Nacht eine ältere Frau an Typhus gestorben. Dies ist der dritte Todesfall seit Beginn der Potsdamer Epidemie. Von den Ruhrerkrankungen sind zwei sichere Fälle, davon einer aus Nowawes und einer aus Potsdam, gemeldet worden. Zwei Verdachtsfälle bestehen in Potsdam und Caputh.

Ein Dauerflug Dessau—Peking

Die beiden Zunkerpiloten Nitties und Zimmermann, die Inhaber des Weltdauerflugereignisses, wollen heute Mittwoch in Dessau mit der Maschine „W 33“ zu einem Langstreckenflug ohne Zwischenlandung nach Osten starten. Der Flug für den Betriebsstoff für 8100 Kilometer mitgeführt wird, soll über Peking hinaus durchgeführt werden. Falls das Wetter einen Start unmöglich macht, wird der Abflug einen Tag später erfolgen.

Reichshöherer Militärflieger, die heute, Mittwoch, früh

Zwei französische Militärflieger, die heute, Mittwoch, früh in Paris zu einem Flug über den Atlantischen Ozean starten wollten, haben wegen der schlechten Wetterlage über dem Ozean den Abflug auf die ersten Septembertage verschoben müssen.

Orkan und Überschwemmung im Amurgebiet

W.D. Moskau, 29. Aug. (Tel.) Über der Stadt Seja im Amurgebiet wütet ein starker Orkan. Da die Stadt überschwemmt ist, wird die Bevölkerung auf den umliegenden Anhöhen untergebracht. Aus Blagoweschtsensk ist ein Dampfer zur Hilfeleistung der Bevölkerung abgefordert worden.

Badischer Teil

Die Herbstübungen des verstärkten 14. (Bad.) Infanterie-Regiments

Unter Leitung des Kommandeurs des 14. (Bad.) Infanterie-Regiments und Landeskommandanten in Baden, Oberst Baenker von Dankenschweil, finden in der Zeit vom 30. 8. bis 7. 9. die diesjährigen Herbstmanöver des verstärkten 14. (Bad.) Infanterie-Regiments in Gegend Ballbühl, Osterburken, Möckmühl und Neudenu (a. d. Jagst) statt.

Dem Regiment werden für diese Übungen das 5. Pionier-Bataillon, die III. Abteilung des 5. Artillerie-Regiments, eine Eskadron des 18. Reiter-Regiments, die 2. Kompanie der 5. Straßfabrikabteilung und Teile der 1. und 4. Eskadron der 5. Jahrsabteilung zugeteilt.

Für die Geländeübungen gilt folgende Zeiteinteilung: Am 30. 8. werden die Truppen mit der Bahn, einzelne Teile auch mit Fußmarsch in die Versammlungsräume bei Ballbühl, Buchen und Osterburken—Rosenberg befördert.

Der 31. 8. (1. Übungstag) wird ein Gefecht zwischen Ballbühl und Rosenberg bringen. Abends beziehen die Truppen Unterlünke bei Gerichstetten und Buchen.

Der Übung am 1. 9. (2. Übungstag), wo sich der Kampf ostwärts von Buchen abspielen wird, wohnen der Oberbefehlshaber des Gruppenkommandos 2 (Kassel), General der Artillerie, Fhr. Krefz von Krefzenstein, und der Kommandeur der 5. Division, General Reinide, bei.

Den 2. 9. (Sonntag) verbringen die Parteien in Ruhequartieren bei Eberstadt, Schlierstadt und in Ober-, Mittel- und Unterschöffeng.

Im Schöffenzug südlich Buchen kommt es dann am 3. und 4. 9. zu einer zweitägigen, fortlaufenden Gefechtsabhandlung, die während der Nacht für einige Stunden unterbrochen wird, wobei der größere Teil der Truppen friedensmäßig Bivak bezieht.

Mittwoch, der 5. 9., ist als Ruhetag vorgesehen. Adelsheim, Sennfeld, Roigheim, Möckmühl und Neudenu sind die Unterlünke.

Die Aufgabe für die Übungen am 6. und 7. 9., die sich wieder in fortlaufender Handlung über 2 Tage erstrecken, bildet der Jagstübergang in Gegend westlich Möckmühl.

Am 7. 9., nachmittags, werden die Truppen von den Einladebahnhöfen Möckmühl, Untergrießheim und Jagstfeld in die Standorte zurückbefördert.

Die Arbeiten an der Staustufe Heidelberg

Die Staustufe, 20. Aug. An den Bauarbeiten bei der Herrenmühle und der Alten Brücke sind nun die Hauptarbeiten abgeschlossen. Ein dritter Wehrpfeiler wird demnächst in Angriff genommen. Durch Sprengungen werden Untiefen und Inseln im Flußbett beseitigt. Der sog. „Kastel“ wurde durch Ableitung des Wassers trockengelegt und ist jetzt als Baufläche für die Schlußarbeiten ausgebeutet. Die Sprengungs- und Ausbaggerungsarbeiten. Auch bei der Alten Brücke ist die Fahrwasserbreite noch nicht ganz erreicht, so daß noch Sprengungen notwendig sind. Im Innern der Schleuse wurde eine Fischtrappe angelegt, um den Fischen während der Reizzeit den Übergang vom Unterwasser in das Oberwasser zu ermöglichen. Das Wehrwärterhaus ist bereits in Betrieb genommen und mit zwei Reuten besetzt, die von 6 Uhr früh bis 10 Uhr abends den Schleusendienst versehen.

Trachtenfest im Schwarzwald

23. Titisee, 27. Aug. Der vor einem Jahr gegründete Seelub, eine Vereinigung zur Wahrung der alten überlieferten Sitten und Gebräuche, hatte einen glücklichen Gedanken, sein Stiftungsfest und seine Fahnenweihe zu einem Trachtenfest am Titisee einzuladen. Am Samstag abend um 6 Uhr traf der Patenverein des Seelubs, der Trachtenverein Willingen in Titisee ein. Um 9 Uhr abends setzte sich der Fadelzug zum See in Bewegung, wo eine prächtige Illumination die Festbesucher überraschte. Nach einer Bootsfahrt auf dem See versammelten sich die Gäste im Hotel Titisee zur Begrüßungsfeier. Ein strahlender Himmel begrüßte am Sonntag die in überaus reicher Zahl erschienenen Festgäste. Nach Festgottesdiensten wurde die Weihe des neuen Klubbanners von Professor Spiegels, Neustadt, vollzogen. Herr Lechner, Willingen, hielt eine Gedächtnisrede zu Ehren der im Weltkrieg Gefallenen. Mit dem Deutschlandlied fand die Feier des Vormittags ihr Ende. Während die übrigen Festgäste eintrafen, veranstaltete die Breitenauer Kapelle ein Klavierkonzert. Beim Festessen im Schwarzwaldhotel nahm Herr Vogt Gelegenheit zur Begrüßung der Herren Landrat Mühl, Neustadt, Landrat Sander, Weiskirch, und des Landeskommissars Fried, Neustadt. Ferner verlas er ein Begrüßungsgramm des durch Trauerfall verstorbenen Protectors, des Fürsten v. Fürstberg, sowie ein Glückwunschkogramm der in Bern versammelten schweizerischen Trachtenbundgenossen. Eine ungeladene, in Titisee noch nie versammelte Menschenmenge, es mögen etwa 10—12 000 Festbesucher gewesen sein, umfäumte die Strassen, durch die der Festzug, der äußerst reichhaltig war, seinen Weg nahm. Neben den verschiedenen Schwarzwaldtrachten war auch eine oberbayerische Holzschlägergruppe im Festzug vertreten. Nach der Rückkehr des Festzuges hielten die Wagen und Gruppen vor dem auf der Tribüne versammelten Preisgericht. Heimatspiele und Originalszenen besonders der oberbayerischen Trachtengruppe wechselten mit Musikvorträgen der verschiedenen Trachtengruppen. Die Preisverteilung hatte folgendes Ergebnis: 1. Preis: Willingen, Jungbauernschaft St. Märgen, Trachtenabteilung und Trachtenverein Gutach, Trachtenverein Wiesental und Markgräflerland. Alle weiteren Gruppen und Vereinigungen erhielten Belobigungen. Den ganzen Nachmittag über herrschte reges Leben und Treiben auf dem Festplatz, bis Abendzüge und Autos die Festgäste in ihre Heimat führte.

Tagungen

Der Verband der deutschen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften hält in der Zeit vom 30. August bis 1. September seine diesjährige Tagung in Heidelberg ab, an der außer den Leitern der landwirtschaftl. Berufsgenossenschaften auch Vertreter der Reichs- und Landesbehörden, sowie landwirtschaftlichen Organisationen teilnehmen werden.

Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt enthält eine Verordnung des Ministers der Finanzen über den Vollzug des Befolgungsgesetzes.

Erben gesucht

Das deutsche Konsulat in Portland (Oregon) hat folgendes mitgeteilt:

„Am 19. April 1928 ist in Dayton, Oregon, ein gewisser Louis Schaefer gestorben, ohne ein Testament oder eine sonstige letztwillige Verfügung hinterlassen zu haben. Er war ungefähr 78 Jahre alt und ledig. Angeblich ist er als sehr junger Mann aus Baden, wo er geboren sein soll, nach Amerika ausgewandert. Über seine Privatverhältnisse war er sehr verschwiegen, doch sprach er öfters von Geschwistern, die noch in Baden leben sollen.“

Einige Erben wollen sich unter Darlegung der Verwandtschaftsverhältnisse beim Justizministerium in Karlsruhe melden.

Gemeinde-Rundschau

Zur Heidelberger Oberbürgermeisterwahl. Der Osnabrücker Oberbürgermeister Dr. Görtner hat telegraphisch dem Heidelberger Stadtverordnetenrat mitgeteilt, daß er die Kandidatur auf den Heidelberger Oberbürgermeisterposten endgültig zurückziehe. — Stadtverordnetenvorstand Schmidt hat die einzelnen Fraktionsvorstände von diesem Beschluß in Kenntnis gesetzt. Im Wahlgang vom 29. Juli hatte Görtner von 110 Stimmen 54 erhalten, so daß ihm also an der Mehrheit nur noch 5 Stimmen fehlten. Görtner hatte schon vor dem ersten Wahlgang erklären lassen, er nehme die Wahl nur an, wenn er sofort eine Mehrheit erhalte. Da das nicht der Fall war, hat er jetzt seine ehemalige Erklärung wahr gemacht und auf weitere Aufrechterhaltung seiner Kandidatur verzichtet.

Erhöhung der Tarife der Mannheimer Straßenbahn. Die beschlossene Preiserhöhung für Fahrkartenbesitzer bei der Mannheim-Ludwigshafener Straßenbahn tritt am 1. September in Kraft. Von dann ab kosten 6 Scheine (1—5 Teilscheine) 1 M (bisher 90 Pf.), 12 Scheine (5—7 Teilscheine) 2,40 M (2,20) und 12 Scheine (für mehr als 7 Teilscheine) 2,80 (2,60) M.

Bürgermeisterwahl. Bei der Bürgermeisterwahl in Feuerweil wurde der bisherige Bürgermeister Karl Dörner nahezu einstimmig wiedergewählt. — Da in Buzenhausen (Bezirk Einsheim an der Elsenz) der dritte Wahlgang erfolglos verlief, wurde der jetzige Bürgermeister, Bierbrauereibesitzer Otto Werner, durch das Ministerium des Innern für die Dauer von 2 Jahren als kommissarischer Bürgermeister ernannt und eingesetzt.

Bauarbeiten in Mosbach. Für Neubauten hat der Bürgerausschuß Mosbach 22 000 M bewilligt. Seit 1924 sind in der Stadt Mosbach 70 neue Wohnungen erstellt worden. — Für die Instandsetzung des Rathauses, die bisher 27 000 M erfordert hat, wurden weitere 9500 M bewilligt. An Umlage werden vom Grundvermögen 120 und vom Betriebsvermögen sowie vom Gemeinvermögen 600 M erhoben.

Im Voranschlag der Stadt Wiesloch 1928/29 wird die vorjährige Umlage nicht überschritten. Den erhöhten Ausgaben stehen erhöhte Einnahmen gegenüber. Für die Kapitalschuld von 224 382 M müssen 19 174 M Zins und 12 800 M Tilgung aufgebracht werden. Vorgesehen sind die Errichtung eines Schulhauses und eines Schwimm- und Sonnenbades.

Der Bürgerausschuß Wallbühl bei Wiesloch hat mit allen gegen zwei Stimmen den Voranschlag für 1928/29 angenommen. In den Voranschlag wurden 50 000 M als Überschuß von den Einnahmeverbindlichkeiten in Höhe von 110 000 M eingestellt. Von diesen 50 000 M sind bereits 40 000 M eingegangen.

Der Bürgerausschuß Schweigen hat wieder 136 000 M genehmigt, von denen 96 000 M für Durchführung des zweiten Teils des Straßenbauprogramms bestimmt sind.

Der Bürgerausschuß Neulohr hat den Voranschlag mit 25 gegen 1 Stimme angenommen. Bei 163 782 M Einnahmen und 206 511 M Ausgaben ist ein ungedeckter Aufwand von 42 729 M durch Umlage aufzubringen.

Der Gemeinderat Eßlingen hat beschlossen, dem Bürgerausschuß den Anlauf des seit einigen Jahren unbenuzten Anwehens der früheren Krappföhre (Grundstück und Wäldchen) zum Preise von 10 000 M zu empfehlen. Über die künftige Verwendung des 72 Ar großen Anwehens kann bisher mit Bestimmtheit noch nichts gesagt werden. In erster Linie soll versucht werden, dort einen gewerblichen Betrieb heranzuziehen, es bleibt aber auch die Möglichkeit offen, das Anwesen für land- und forstwirtschaftliche Zwecke zu verwenden. — Für die Kanalisation einer Anzahl Straßenzüge sollen insgesamt 56 000 M zur Verfügung gestellt werden. Die Ausführung dieser Arbeiten ist als Notstandsarbeit gedacht.

Der Bürgerausschuß St. Georgen hat eine Kapitalaufnahme von 400 000 M bei der Badischen Girozentrale in Mannheim zu 9,5 Prozent bei voller Auszahlung und gegen eine Abschlagsgebühr von eins vom Tausend genehmigt. 300 000 M des Geldes dienen zur Abdeckung der im Vorjahr von der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft für den Bau der Wasserleitung auf Wechsel aufgenommenen Gelder, da die Verhandlungen wegen Umwandlung dieser Wechselschuld in ein langfristiges Darlehen zu keinem Erfolg geführt haben. Die restlichen 100 000 M werden zur Förderung des Wohnungsbauvermögens verwendet. Die Aufnahme eines Schuldscheindarlelehens von 12 000 M bei der Städtischen Sparkasse St. Georgen führte zur Aufklärung über den sehr günstigen Stand der Sparkasse, bei der die Spareinlagen bereits 1,2 Millionen überschritten haben. Zur Erreichung der gesetzlichen Aufwertung von 12,5 Prozent muß die Gemeinde rund 86 000 M beisteuern. Dabei kam es zu einer lebhaften Aufwertungsdebatte, da augenscheinlich über die gezielte Aufwertung nicht hinausgegangen wird.

Der Bürgerausschuß Wallbühl genehmigte mit 59 gegen 2 kommunistische Stimmen den Voranschlag 1928/29 mit einem Steuerertrag von 1,42 M (i. V. 2,52) auf Grundvermögen, 0,80 M (1,01) auf das Betriebsvermögen und 10,68 M (19,05) vom Gemeinvermögen. Die Gesamtausgaben betragen 356 926 Reichsmark, die Einnahmen 245 551 M, so daß ein ungedeckter Aufwand von 11 345 M verbleibt. Zur Deckung dieses Betrages sind 356 Subventionen der maßgebenden Steuergrundbeträge erforderlich. Der Gesamtwert des Bürgervermögens beliefert sich auf rund 27 200 M.

Das Sanatoriumsprojekt für Grenzach. Die in verschiedenen Zeitungen erschienene Notiz über angebliche Erbauung eines Sanatoriums durch die Gemeinde Grenzach entbehrt jeder Grundlage. Ein solches Projekt könnte nur durch die Verwallung der Grenzacher Brunnen GmbH, zur Ausführung kommen, der aber, wie uns mitgeteilt wird, von dieser Ausführung nichts bekannt ist.

Strafe für Gemeinderäte wegen Fehlens bei der Sitzung. In Anwendung der neuen bayerischen Gemeindeordnung belegte der Gemeinderat des Ortes Hettentleibheim (Pfalz) einige Gemeinderäte mit Geldstrafen von 25, 50 und 100 M, da sie unentschuldig bei der letzten Gemeinderatsitzung ferngeblieben waren.

Aus der Landeshauptstadt

Kleingartenbauausstellung

Aus Anlaß der Landestagung der Badischen und Pfälzischen Kleingarten- und Gartenbauvereine veranstaltet der Ortsverband der Kleingartenvereine in Karlsruhe vom 1. bis 9. Sept. eine Ausstellung kleingärtnerischer Erzeugnisse (Produktionen in Gemüse, Obst, Blumen und Verwertung) verbunden mit einer statistisch-wissenschaftlichen Abteilung. An der Produktionen beteiligten sich 18 Kleingartenvereine und etwa 200 Einzelaussteller.

An Sonderdarbietung ist in erster Linie von der Stadtgemeinde Karlsruhe die von Stadtgartendirektor Scherer entworfene Guldigungsgruppe Flora, welche den Besuchern den ersten schönen Eindruck verschafft, hervorzuheben. Nun schließen sich in anmutiger Form die einzelnen Kleingartenvereine an. Jeder Verein bietet kollektiv und einzeln das denkbar Beste trotz ungünstiger Witterungsverhältnisse. Die Gartenstadt Müppur zeigt den Kleingärtnern an Hand eines wertvollen Modells und Photographien den idealen Siedelungsgedanken. Nacheinander folgen hiesige Geschäftsfirmen, welche die engsten Interessen mit den Kleingärtnern haben. Die Kleingärtner Durlachs bieten ganz Besonderes, indem sie den Aufbau in geschmackvoller Form als Turmberganlage den Besuchern der Ausstellung zu Gesicht führen.

Als Rahmen der statistisch-wissenschaftlichen Ausstellung dient die Wanderausstellung des Reichsverbandes der Kleingartenvereine Deutschlands, wie sie in ihrem reichhaltigen Inhalt erstmals auf dem 5. Reichskleingärtnerkongress in Frankfurt a. M. am 28. bis 30. August v. J. gezeigt wurde. Sie wird ergänzt durch statistisch-wissenschaftliches Material aus unserer engeren Heimat unter Berücksichtigung des Karlsruher Kleingartenwesens.

Es ist das erstmalig, daß eine größere Anzahl Kleingärtnerorganisationen und Kleingärtner Baden in einer Ausstellung an die Öffentlichkeit treten. Sie leitet die Absicht, für den Gartenbaugedanken im allgemeinen und im besonderen für die Anerkennung des Kleingartenwesens als Kulturfaktor zu werben und durch Förderung derselben der Allgemeinheit und dem Volkswohl zu dienen. Daß es in den letzten Jahren in Deutschland in wachsender Zahl Gartenanlagen gibt, ist kein bloßer Zufall. Es gibt nämlich, was vielleicht nicht von jeder Ausstellung behauptet oder gesagt werden kann, wirklich Neues auf dem Gebiete des gesamten Kleingartenwesens zu zeigen.

Warum ist das Obst zu teuer? Die besonders in diesem Jahre stark gestiegenen Preise für Obst haben zu einer sehr bedeutenden Einschränkung des Verbrauchs an Obst geführt, namentlich für Einnahmeweiter, da die Hausfrauen vielfach die hohen Preise nicht mehr ertragen können und das Einleben für die Winterzeit diesmal in mancher Familie unterbleiben muß. Das „Karlsruher Tagbl.“ hat nun eine Untersuchung der Frage angestellt über die Ursache dieser teuren Preise und kommt auf Grund von Ermittlungen an Stellen die mit der Versorgung der Bevölkerung mit Obst im großen sich befassen, zu folgendem Schluß: Die Auffassung, daß ganz allgemein dem überflüssigen Zwischenhandel die Schuld an den teuren Preisen zufalle, sei nicht richtig, wenn es da auch einige unzureichende Elemente gebe. Die Hauptursache der hohen Preise sei die Miskerte, die auf die lange Zeit der Dürre zurückzuführen sei und auf die stark schädigenden Nachtfröste, hinzu komme der Raupen- und Wurmschaden, der so stark sei, daß fast alles Obst, insbesondere aber die Äpfel, modig sei. In Kirchen, sowie in Bühler Frühweckhäusern sei eine Miskerte bzw. sehr geringe Ernte zu verzeichnen. Die Nachfrage der Konsumfabriken und die Tatsache, daß wir diesmal beim Obstbedarf auf das Ausland angewiesen seien, wicke weiterhin preissteigernd. Auch die Frachtspiele bei der Preisermessung eine Rolle. Der Bedarf, der größer sei als das Erntergebnis, habe zu der Preissteigerung noch wesentlich beigetragen und sei in diesem Jahre trotz des Rückganges nur sehr schwer zu befriedigen.

Ausgang des Oberhessischen Schachturniers. Am Freitagabend hielt der Oberhessische Schachbund seine Generalversammlung ab. Für den zurückgetretenen zweiten Vorsitzenden des Bundes, Dr. Giese, Baden-Baden, wurde Fabrikant Dopf, Pforzheim, an seine Stelle gewählt. Als Tagungsort wird im nächsten Jahre Heidelberg vorgesehen. Bezüglich des Zwischenjahres innerhalb des deutschen Schachlebens wurde von der Generalversammlung eine Resolution angenommen, in der entschieden gefordert wird, diese das deutsche Schachleben zersetzenden Umstände sobald als möglich zu heben. — Der diesjährige Kongress brachte wieder einen neuen Meister, Aug. Karlsruhe, der von der dritten Runde an führte und auch seine letzte Partie gegen Th. Weisinger und damit die diesjährige Meisterschaft des Oberhessischen Schachbundes gewann. Der endgültige Stand des Meisterschaftstourneys am Schluß war folgender: Aug. Karlsruhe, 5 1/2 Punkte; Gustav, Mannheim, 5 Punkte; Heinrich Weisinger, Karlsruhe, und Kluder, Freiburg, je 3 1/2 Punkte; Theodor Weisinger u. Eisinger, Karlsruhe, sowie Ebeling, Freiburg, je 3 Punkte; von Teuffel, Karlsruhe, u. Barnhieb je 2 1/2 Punkte; Dr. Walter und Ehr je 2 Punkte. Aug ist auch gleichzeitig Inhaber des Wanderpreises. Die Reihenfolge im Hauptturnier ist am Schlußstand folgende: 1. Scheibe, Karlsruhe, 5 Punkte. Er errang damit die Meisterswürde des Oberhessischen Schachbundes. Zweiter und dritter Schmitz, Freiburg, und Weisinger, Pforzheim, mit je 4 1/2 Punkten. Vierter und fünfter Unterwagner, Karlsruhe, und Kraus, Heidelberg, mit je 4 Punkten.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Das vom Agorahoch losgelöste Tiefhoch ist bereits bis zum oberen Donaugebiet fortgeschritten; unter seinem Einfluß ist Aufweitung eingetreten, die aber durch restliche Randwirbel noch eine Unterbrechung erfahren wird. In der letzten Nacht fanden die Temperaturen tiefer als in den letzten Tagen; auch das Tagesmittel lag 4 1/4 Grad tiefer als am Montag. Da sich die Randstörungen wie auch die Druckgegensätze innerhalb der von den britischen Inseln nordöstlich verlaufenden Tiefdruckrinne weiter ausgleichen werden — bei südlicher Luftzufuhr — wird die Aufweitung morgen weiter fortschreiten und gleichzeitig zunehmende Erwärmung zur Folge haben. Voraussage für Donnerstag: meist heiter, trocken und tagsüber warm; schwache südöstliche Winde, lokale Nebel.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	29. Aug.	29. Aug.	29. Aug.	29. Aug.
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	188.00	168.34	167.98	168.32
Kopenhagen 100 Kr.	111.84	112.00	111.81	112.03
Italien 100 L.	21.99	22.03	21.905	22.005
London 100 £.	20.334	20.374	20.334	20.374
New York 1 \$.	4.1910	4.1990	4.191	4.199
Paris 100 Fr.	16.36	16.40	16.365	16.395
Schweiz 100 Fr.	80.68	80.84	80.675	80.835
Wien 100 Schilling	59.065	59.185	59.065	59.175
Prag 100 Kr.	12.423	12.443	12.42	12.44

Kurze Nachrichten aus Baden

D.3. Mannheim, 27. Aug. Bei günstigem Wetter und unter zufriedenstellender Beteiligung wurden am Sonntag die badischen Polzeisschwimmmeisterschaften ausgetragen. Es gab interessante Wettkämpfe zu sehen. Im Kampf um die Wasserballmeisterschaft wurde Heidelberg badischer Polzeissportwasserballmeister. Die Sieger ernteten reichen Beifall.

D.3. Mannheim, 28. Aug. Im Alter von 72 Jahren ist der frühere langjährige, jetzt im Ruhestand lebende verantwortliche Redakteur der „Neuen Badischen Landeszeitung“ Vinzenz Beder gestorben. Beder hatte sich vom Buchdrucker zum Redakteur emporgearbeitet und verließ nach vorübergehender Tätigkeit in der Redaktion anderer Blätter seit 36 Jahren das Amt des verantwortlichen Lokalredakteurs bei dem genannten Blatte bis er 1921 in den Ruhestand trat. Er war der Gründer des Mannheimer Journalisten- und Schriftstellervereins.

D.3. Mannheim, 28. Aug. In Mannheim kommen für die Aussperrung in der Herrenkonfektion über 100 Schneider in Betracht. Die Aussperrung wird vollständig sein, wenn die betroffenen Herrenschneider ihre fertigen Arbeiten abgeliefert haben.

Id. Heidelberg, 28. Aug. Im Alter von 76 Jahren starb hier Zigarrenfabrikant **Friedr. Mayer**, Mitinhaber und Mitbegründer der Tabakfabrik Gebr. Mayer, die im Jahre 1869 von drei Brüdern ins Leben gerufen wurde und heute 6-800 Arbeiter beschäftigt.

Id. Iffezheim, 28. Aug. Nach einer verregneten Nacht und einem ebenfolgenden Vormittag war zu Beginn des dritten Renntages der großen Baden-Wadener Rennwoche heller Sonnenschein über der Iffezheimer Rennbahn gelegen, so daß der Besuch, trotz alledem noch ein sehr guter zu nennen war. Auf der Tribüne sah man wiederum den König von Schweden. Die Fahrer in den einzelnen Rennen waren sehr gut. Das Hauptinteresse konzentrierte sich auf die Entscheidung im Zukunftrennen, in dem die besten deutschen Ställe vertreten waren. Es starteten fünf Pferde, von denen nach dem Start zunächst Antonia, Walzertraum und der Österreicher St. Felix an der Spitze lagen. In den Einfahrt kam zuerst Antonia vor Walzertraum, der auf der Innenbahn vorging und ganz überlegen mit drei Längen Vorsprung das wertvolle Rennen gewinnen konnte. In dem Sachsen-Weimar-Rennen wurden nur vier Pferde gestartet. M. J. Oppenheims Normanne unter Grabich gewann das Rennen ganz leicht gegen Aslari aus dem Hauptgestüt Altesfelds. Im Kinseer-Rennen gab es eine kleine Überraschung mit dem Sieg von Waldmeister, der von dem Jockey Rott geritten wurde. Einen Doppelerfolg konnte der Österreicher Jofas Rogit im Merkur-Rennen mit Als Bell und im Dos-Ausgleich mit Zerbelin erzielen. Das abschließende Favorite-Jagdrennen brachte mit dem Sieg von Countesside eine Überraschung, die am Totalisator mit 122 : 10 bezahlt wurde. End und der Favorit Sina Lord stürzten, ohne jedoch sich zu verletzen.

Schusswaffen und Munition.

Durch das am 1. Oktober 1928 in Kraft tretende Gesetz über Schusswaffen und Munition vom 12. April 1928, durch die hierzu erlassene Ausführungsverordnung des Reichsministeriums des Innern vom 13. Juli 1928, durch die badische Vollzugsverordnung dazu vom 9. August 1928 und durch den Nummerlaß des badischen Ministeriums des Innern vom 3. August 1928 Nr. 77161 ist u. a. folgendes bestimmt:

1. Wer gewerbsmäßig Schusswaffen oder Munition herzustellen, bearbeiten oder instand setzen will, bedarf außer der nach § 16 Gewerbeordnung nötigen gewerbepolizeilichen Erlaubnis der Genehmigung des Bezirksrats.
2. Wer gewerbsmäßig Schusswaffen oder Munition erwerben, feilhalten oder anderen überlassen, oder wer gewerbsmäßig den Erwerb oder das Überlassen solcher Waren vermitteln oder sich gewerbsmäßig zum Erwerb oder Überlassen solcher Waren anbieten will, bedarf einer (Handels-)Genehmigung des Bezirksamts.
3. Wer außerhalb seiner Wohnung, seiner Geschäftsräume oder seines befriedeten Besitzums eine Schusswaffe führen will, muß einen noch gültigen vom Bezirksamt ausgestellten Waffenschein bei sich tragen.
4. Wer Schusswaffen oder Munition erwerben will, benötigt einen Waffen- oder Munitionserwerbsschein, zu dessen Ausstellung das Bezirksamt zuständig ist, es sei denn, daß er im Besitze eines gültigen Waffenscheines ist, da Schusswaffen und Munition nur gegen Aushändigung eines vom Bezirksamt ausgestellten Waffen- oder Munitionserwerbsscheines oder gegen Vorzeigen eines gültigen Waffenscheines überlassen oder erworben werden dürfen.
5. Der Besitz eines Waffen- oder Munitionslagers, das nicht zu einem oben unter Ziffer 1 oder 2 genannten Gewerbebetrieb gehört, bedarf der Genehmigung des Bezirksamts. Als Waffenlager gilt ein Bestand von mehr als 5 Schusswaffen gleicher Art oder mehr als 10 Jagdwaffen, als Munitionslager ein Bestand von mehr als 100 Patronen oder mehr als 1000 Jagdpatronen.
6. Die Einfuhr von Schusswaffen und Munition ist nur auf Grund eines Waffen- (Munitionserwerbsscheines (oben Ziffer 4), eines Waffenscheines (Ziffer 3) oder eines Jagdscheines (Ziffer 7) zulässig.
7. Der Jahresjagdschein eines deutschen Landes berechtigt für die Dauer seiner Gültigkeit den Inhaber zum Erwerb von Jagd-, Faustfeuerwaffen in dem darin bemerkten Umfang und zum Erwerb von Munition hierfür, sowie zum Führen von Jagdwaffen- und Faustfeuerwaffen auf der Jagd, beim Jagdschuss und Übungsschießen, sowie auf den dazu gehörigen Hin- und Rückwegen.
8. Wer Schusswaffen von Todeswegen erwirbt, hat dies unter Angabe von Art und Zahl der von ihm erworbenen Schusswaffen und Munition, bei Schießpulver des Gewichts, binnen 6 Wochen nach dem Tag, an dem er von dem Erwerbe Kenntnis erlangt hat, dem Bezirksamt anzuzeigen.
9. Die Herstellung, der Handel, die Einfuhr, das Führen, sowie der Besitz von Schusswaffen, die zum schleunigen Zerlegen über den für Jagd- und Sportzwecke allgemein üblichen Umfang hinaus besonders eingerichtet oder in Stöcken, Schritten, Köben oder in ähnlicher Weise verborgen sind (sogenannte Wildbildegewehre), ist verboten. Verboten ist auch der Handel, die Einfuhr, das Führen, sowie der Besitz von Schusswaffen, die mit einer Vorrichtung zur Dämpfung des Schuss-

D.3. Schwezingen, 28. Aug. Western wurden in Schwezingen die ersten Hopfen eingebracht. Die Hopfenenernte wird in diesen Tagen allgemein beginnen. Wie von sachverständiger Seite verlautet, werden dieses Jahr nicht entfernt die Ernteergebnisse des letzten Jahres erreicht werden. Die Hopfenpflanzen haben durch die lange Trockenheit sehr gelitten. Auch die Tabakernte, die ausgangs dieser Woche beginnt, erfüllt nicht alle Erwartungen. Den Tabakfeldern fehlt der Regen, die Pflanzen haben sich nicht voll entwickelt, die Blätter bleiben klein und sind wahrscheinlich etwas fester in der Struktur. Die Menge bleibt hinter dem Vorjahre zurück.

D.3. Rastatt, 28. Aug. Der Landwirtschaftliche Arbeitsausschuß Rastatt hält Mitte September d. J. über verschiedene wichtige landwirtschaftliche Fragen eine Besprechung ab. Den Bemühungen des Ausschusses ist es gelungen, durch das Reichsfuratorium für Technik in der Landwirtschaft zwei der modernsten Kartoffelortiermaschinen, die es augenblicklich in Deutschland gibt, in den Rastatter Bezirk zu bringen, wodurch es möglich sein wird, nach den neuesten Gesichtspunkten eine maschinelle Sortierung der Kartoffeln zum marktfähigen Produkt in allen Kartoffelbaureisenden Gemeinden des Bezirkes durchzuführen. Die Stundenleistung dieser Sortiermaschine beträgt zirka 150 Zentner.

D.3. Offenburg, 27. Aug. Seit diesem Jahr wird in Offenburg in größerem Umfang die Seidenraupenzucht betrieben, welche in der Ernte 1928 in verschiedenen Klassen ein sehr gutes Ergebnis hatte. Auch ein Unternehmen der Seidenindustrie hat die Zucht hier aufgenommen.

Id. Griesbach, 27. Aug. Zum 7. Todestage Erzbergers versammelten sich gestern die Windhorstbünde Mittelbadens zum Gedächtnis Erzbergers.

D.3. Korb, 27. Aug. Die Heil- und Pflegeanstalt Korb beging gestern das 35. Jahrestag ihres Bestehens. Vormittags fand im Hauptgebäude eine Beisefest statt, der um 2 Uhr nachmittags die Haupt- und Schlussfeier in der Dorfkirche folgte. Den Jahresbericht erstattete Pfarrer Biegler, der einen guten Einblick in die rasche Entwicklung der Anstalt und die segensreiche Tätigkeit derselben bot.

D.3. Freiburg i. Br., 27. Aug. Ein Motorradfahrer fuhr mit seinem Motorrad vom Gasthaus Herzogenhorn aus in etwa 8 bis 9 Minuten auf den Gipfel des Herzogenhorn. Es ist das erste Mal, daß ein Motorradfahrer den durch seine steilen Abhänge bekannten Berg bestiegen hat. — Wanderer und Freunde der Natur des Schwarzwaldes werden an einer solchen „sportlichen Leistung“ sicher keine Freude haben.

Id. Freiburg, 28. Aug. Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius ist mit seiner Gemahlin in Glotterbad eingetroffen. Der Minister wird sich einige Tage hier aufhalten und sich dann nach Baden-Baden begeben, während seine Gattin sich längere Zeit in Glotterbad aufhalten wird.

D.3. Niederweiler, 27. Aug. Auf hiesiger Gemarkung sind heute die Rebberge geschlossen. Die Trauben haben sich sehr gut entwickelt und beginnen bereits zu reifen.

Id. Bellingen, 28. Aug. Ein eigenartlicher Autounfall ereignete sich nachts auf der Landstraße von Dunningen nach Zimmern o. N. Ein mit 20 Hochzeitsgästen besetzter Schweininger Lastwagen, der sich auf der Heimfahrt befand, streifte einen herabhängenden Ast eines Baumes, wobei die über den Wagen gespannte Plane zerrissen wurde. Aufsteigend durch den Ast heftig getroffen, wurden vier Fahrgäste so schwer verletzt, daß ein Mann alsbald starb. Auch die anderen drei Schwerverletzten, die alsbald im Krankenhaus Notwendig operiert wurden, schweben in Lebensgefahr. Das Auto hatte weiter keine Beschädigung erlitten.

D.3. Singen a. S., 27. Aug. Die neue Achsbrücke wird in nächster Zeit gebaut werden. Die Vorbereitungen dafür sind in vollem Gange. Die Kosten für den Bau der Brücke in Eisenbeton und die Anlegung der Straßen nebst erforderlicher Vergrößerung des Stadtplatzes belaufen sich auf 48 000 M.

D.3. Espasingen (Amt Stodach), 27. Aug. Ein schwerer Autounfall ereignete sich heute nachmittag gegen 3 Uhr vor dem hiesigen Ortsbeirgung. Ein mit acht Personen besetzter Reisebus der Firma Rees, Überlingen, wurde von einem Schwarm Hornissen angegriffen. Bei der Abwehr verlor der Chauffeur die Herrschaft über den Wagen und fuhr auf einen Baum auf. Die Insassen trugen alle schwere Verletzungen davon und wurden mit dem überlinger Sanitätsauto in das dortige Krankenhaus eingeliefert. Das Auto wurde schwer beschädigt. Der Chauffeur hat einen Gelenkbruch, ein weiterer Fahrgast einen komplizierten Oberschenkelbruch erlitten. Zwei Personen trugen Schädelbrüche davon.

Id. Konstanz, 28. Aug. Aus Oberdorf kommt die Nachricht, daß der Rechtsanwalt P. Thorbode an einem Schlaganfall gestorben ist. Thorbode war vor etwa zwei Jahrzehnten Generalsekretär der Nationalliberalen Partei Badens. Später zwei Jahre Bürgermeister in Singen a. S., in letzter Zeit übte er hier eine Anwaltspraxis aus.

Id. Schriesheim, 29. Aug. Bei der Begehung der Weinberge durch die amtliche Beobachtungskommission wurde festgestellt, daß ein sehr guter Weinberst in Aussicht steht. Sowohl hinsichtlich der Menge als auch der Güte. Die Trauben sind so gesund, wie sie seit Jahren nicht mehr u. es hat sich gezeigt, daß die europäischen Edelreben den Amerikanern bedeutend überlegen sind. Die Blauschwarzfrucht tritt nur selten auf, auch der Saurewurm ist nicht allzu häufig und wird bei weiterem Anhalten der guten Witterung keinen großen Schaden mehr anrichten.

W.V. Stuttgart, 28. Aug. Von der Luftverkehrs-A.G. wird mitgeteilt, daß die Nachrichten über einen geplanten neuen Ozeanflug des Freiherrn v. Hünefeld, der von hier aus vorbereitet werden soll, der Grundlage entbehren. Freiherr v. Hünefeld erklärte persönlich, daß er in Leipzig anscheinend mißverstanden worden sei. Er plane wohl in der nächsten Zeit einen neuen Flug mit der „Europa“, aber vorläufig nicht einen Ostwestflug über den atlantischen Ozean.

Gothaer
Wirtschafts-Verband

Versicherungen aller Art.

GOthaer BANKEN

Gothaer Feuer- und Lebensversicherungsbank auf Gegenseitigkeit
Gothaer Transportversicherungsbank Aktien-Gesellschaft
Gothaer Allgemeine Versicherungsbank Aktien-Gesellschaft

10. An Schützenvereine usw. werden künftighin keine Sammelwaffenscheine mehr ausgestellt. An Stelle der Sammelwaffenscheine können künftighin innerhalb der festgesetzten Höchstzahl tatzpflichtige Einzelwaffenscheine ausgestellt werden.
11. Die auf Grund der bisherigen landesrechtlichen Vorschriften ausgestellten, zum Erwerb von Schusswaffen oder Munition oder zum Führen von Schusswaffen berechtigenden Bescheinigungen verlieren, mit Ausnahme der Jagdscheine, spätestens sechs Monate nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes, also spätestens am 1. April 1929 ihre Gültigkeit, sofern nicht auf ihnen eine kürzere Gültigkeitsdauer bemerkt ist.
12. Mit Gefängnis bis zu 3 Jahren und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig den Bestimmungen dieses Gesetzes zuwider
 1. Schusswaffen, Munition oder die in Ziff. 9 bezeichneten Vorrichtungen herstellt, bearbeitet, instand setzt, beleiht, erwirbt, feilhält, anderen überläßt, den Erwerb oder das Überlassen vermittelt, sich zum Erwerb oder Überlassen anbietet, einführt oder beiführt, oder Schusswaffen führt, wird gemäß Ziffer 10 bestraft.
 2. Schusswaffen führt,
 3. die ihm gemäß Ziffer 8 obliegende Anzeige nicht oder nicht rechtzeitig erstattet.
 Neben der Strafe können die Schusswaffen, die Munition oder die Vorrichtungen, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Rücksicht darauf, ob sie dem Täter gehören, eingezogen werden.
13. Wer es vorsätzlich oder fahrlässig unterläßt, zu verhindern, daß eine zu seiner Hausgemeinschaft gehörige und seiner Aufsicht oder Erziehung unterliegende Person unter zwanzig Jahren den Vorschriften dieses Gesetzes zuwider Schusswaf-

fen, Munition oder die in Ziffer 9 bezeichneten Vorrichtungen herstellt, bearbeitet, instand setzt, beleiht, erwirbt, feilhält, anderen überläßt, den Erwerb oder das Überlassen vermittelt, sich zum Erwerb oder Überlassen anbietet, einführt, beiführt, oder Schusswaffen führt, wird gemäß Ziffer 10 bestraft.

Diese Bestimmungen bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis, mit dem Bemerken, daß Gesuche um Erteilung einer nach obigen Ausführungen erforderlichen Genehmigung schriftlich unter Angabe des Vorn- und Zunamens, des Geburtsortes, der Staatsangehörigkeit, des Berufs und der genauen Adresse, sowie einer kurzen Begründung alsbald hierher einzureichen sind.

Karlsruhe, den 24. August 1928.
Bad. Bezirksamt. — Polizeidirektion. O.3.76

Wald- und Straßenmeister

Die Stelle eines **Wald- und Straßenmeisters** der Stadtgemeinde Neustadt im Schwarzwald ist sofort neu zu besetzen. Einreichung in Besoldungsgruppe 7a mit Aufsteigungsmöglichkeit nach Gruppe 8a des staatlichen Gehaltsstufens. Bewerber, die in der Waldwirtschaft, besonders aber im Straßenbau theoretische Kenntnisse und praktische Erfahrung haben, wollen ihre Bewerbung **innerhalb 14 Tagen** hier einreichen.

Neustadt, im Schwarzw., den 23. August 1928.
Der Bürgermeister. S.860

Bautechner

mit etwa 4 Semester Staatsdipl. (Hoch- u. Tiefbau) sofort auf einige Monate gesucht. Offerten mit beglaubigten Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen an das **Stadtbauamt Neustadt (Schwarzw.)** S.861

Detektiv-Institut u. Privat-Auskunft
Argus Mannheim
O 6, 6
Planken
Telefon 33303
A. Maier & Co., G.m.b.H.

Korbmöbel Mercedes
Günstig ab Fabrik an Privat!
Besondere Feinbearbeitung. Reichhaltige Katalog auf Wunsch.
Korbmöbel Mercedes, Ludwig

Ludwig Schweisgut
Karlsruhe i. B.
Erbsenstr. 4
beim Rondellplatz
Flügel
Pianos 724
Harmoniums
Nur beste Fabrikate
Sehr mäßige Preise
Umtausch alter Klaviere

Priv.-Handelsschule „Hansa“
Kaiserstraße 233
Telephon 346
Beginn neuer Handelskurse
am Mittwoch, den 5. September 1928.
Die Schulleitung:
Fink, 853
Dipl.-Handelslehrer.
NB. Besuch der Schule befreit v. Vorbildungsschulunterricht.

Einstützungsverzeichnisse
Verzeichnis der Baupreise
nach der Dienstleistung für
Bauführer v. 5. Juni 1928
empfehlen 851
Spachholz & Ehrath
Impressenverlag
Dunndorf, Schwarzw.

Leser Bücher
Wissen zu Macht!